

KLIMATAG vom 15. Juni 2011 auf Pfungstegg in Grindelwald

Es gilt das gesprochene Wort

BKW[®]

Dr. Martin Pfisterer, Mitglied Unternehmensleitung BKW FMB Energie AG, Präsident sol-E Suisse AG

Schweiz: Wie weiter nach „Japan“?

Kernenergie - Ausstieg aus dem Klimaschutz?

Fünfzehn Meter im Bundeshaus

Fünfzehn Meter - das ist der Rückgang des Eigergletschers pro Jahr. Gegen zweitausend Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Land haben letzten Herbst das unter dem Patronat der Schweizerischen Erziehungsdirektoren durchgeführte nationale Projekt „Eiger-Klima-Schulen“ absolviert. Ungläubig und ratlos fragend standen sie auf der Moräne des Eigergletschers.

Eine Schulklasse rollte der Bundespräsidentin, Energieministerin Doris Leuthard, am 27. Oktober 2010 im Bundeshaus ein fünfzehn Meter langes Band aus. Die Schüler fragten: Was ist das? Und ein ganz kecker Schüler wollte wissen: Und was machen Sie persönlich gegen den Klimaschutz?

Die Energieministerin zeigte sich sehr bewusst ob den in den Schweizer Alpen sicht- und messbaren Folgen des Klimawandels. Sie nahm sich viel Zeit für die Jugendlichen und erklärte ihnen, was der Bundesrat mit seiner Klima- und Energiepolitik und was sie persönlich zum Klimaschutz unternimmt.

Fünfzehn Wochen später im Bundeshaus

Rund fünfzehn Wochen später kam es zu den schlimmen Ereignissen von Fukushima. Die ganze Welt starrte ungläubig und ratlos fragend nach Japan. Die Regierungen aller Länder mit Kernkraftwerken nahmen sich selbstverständlich sofort der Frage nach der Beherrschbarkeit dieser Technologie an. Ist diese nicht gegeben, so ist aus der Kernenergie auszusteigen. Und zwar sofort.

Die Regierungen kamen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Zwar wurde nirgends wegen fehlender Beherrschbarkeit der sofortige Ausstieg beschlossen. Auch die unlängst in der Schweiz eingereichte Ausstiegsinitiative verlangt nicht den radikalen sofortigen Ausstieg. Auf längere Sicht aber gibt es unterschiedliche Beurteilungen der Regierungen. In Deutschland und der Schweiz sagen die Regierungen, die Kernenergie sei im Moment wohl noch verantwortbar, in etwa zehn bis zwanzig Jahren sei dies indessen nicht mehr der Fall.

Alle ändern Länder der Welt wollen die Kernenergie weiterhin einsetzen, nötigenfalls mit verstärkten Sicherheitsmassnahmen. Für sie sind die Risiken der Kernenergie beherrschbar, im Unterschied zu den Risiken des Klimawandels.

Weitere fünfzehn Wochen später am Unteren Grindelwaldgletscher

Heute, knappe fünfzehn Wochen nach Fukushima, stehen wir am klimabedingt stark schwindenden Unteren Grindelwaldgletscher. Viele unter uns sind da wohl auch etwas ungläubig und ratlos fragend, so wie im Herbst die Schüler am Eigergletscher und wie die Welt nach den Japan-Ereignissen. Was ist zu tun?

Bundesrat und Nationalrat haben auf die „Japan-Fragen“ bereits erste Antworten gegeben. Sie sagen, dass die Kernenergie bis 2034 noch beherrschbar ist und gebraucht wird, dass dies danach nicht mehr der Fall ist und dass wir deshalb dann aussteigen wollen. Was bedeutet ein solcher Ausstieg für den Unteren Grindelwaldgletscher? Bedeutet er das Ende des Gletschers bzw. den Ausstieg aus dem Klimaschutz?

Der Bundesrat sagt, seine Energiepolitik 2050 bedeute nicht den Ausstieg aus dem Klimaschutz. Er will primär den Stromverbrauch senken, neue erneuerbare Energien fördern, die fossile CO₂-behaftete Stromproduktion ausbauen und die Stromnetze massiv ausbauen, im Inland und für den Import.

Fünfzehn Prozent mehr CO₂ – statt 20 Prozent weniger?

Bundesrat und Nationalrat haben sich rasch mit den energiepolitischen Konsequenzen von „Japan“ auseinandergesetzt. Dafür verdienen sie Lob. Vieles wird möglich sein, wenn genügend Druck da ist. Der Ersatz von vierzig Prozent des benötigten Stromes durch Eindämmen des – jährlich steigenden – Stromverbrauches und durch – je nach Szenario – zehn- bis dreissigtausend Kleinwasser-, Biomasse-, Wind- und Sonnenkraftwerke wird aber nach Meinung des Bundesrates wegen der grossen Widerstände durch Bevölkerung und Umweltorganisationen nicht innert der gebotenen Frist möglich sein.

Der Bundesrat sagt deshalb wörtlich: „Zur Deckung der Nachfrage braucht es aber auch einen Ausbau der fossilen Stromproduktion mit Wärmekraftkopplung sowie Gaskombikraftwerken“. Und gleich im nachfolgenden Satz fügt er an: „Der Bundesrat hält dabei an seinen klimapolitischen Zielen fest.“ Bei Lichte betrachtet erweist sich diese Aussage gelinde gesagt als sehr ambitiös.

Während hier in Grindelwald zahlreiche Hoteliers, Gewerbetreibende und die Gemeinde aus eigenem Antrieb mit einer Gesamtinvestition von siebzehn Millionen Franken im Interesse des Klimaschutzes den grössten modernen Holzwärmeverbund des Landes gebaut haben und damit jährlich über 5'000 Tonnen CO₂ einsparen, emittiert allein eines der gemäss Bundesrat benötigten wohl 6 bis 8 Gaskombikraftwerke rund 1 Million Tonnen CO₂.

Je nach Szenario und Kompensationsmöglichkeiten führt die bundesrätliche Energiepolitik so zu einem Anstieg der schweizerischen CO₂-Emissionen um bis 15 Prozent, statt der vom CO₂-Gesetz verlangten Absenkung um 20 Prozent. Mit entsprechenden Folgen für das Klima und die Gletscher.

Einladung an Bevölkerung und Bundesrat

Um sich über die Folgen derartiger zusätzlicher CO₂-Emissionen selbst vor Ort ein Bild zu machen, können Interessierte ab heute hier das wohl eindrücklichste „alpine Freiluftlabor Klimawandel“ unter kundiger Führung besichtigen. Der Untere Grindelwaldgletscher lädt – solange er noch da ist – aus aktuellem Anlass die Bevölkerung wie auch den Bundesrat zum lehrreichen Besuch ein.